

OB-Kandidat für Hannover
Lothar Schlieckau geht
ins Rennen
Seiten 6 und 7

Abfallgebührensatzung
Ab in die Tonne oder
doch in den Sack?
Seite 10

Neue Rubrik:
Glosse von Urs Mansmann
Nur die Harten
Seite 20

GRÜNE SEITEN

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN IN DER REGION HANNOVER



Wahlkrimi mit Happy End

Endlich Rot-Grün in Niedersachsen

Schon wenige Tage nach der Wahl startet `Grün´durch: Der grüne Umweltminister Stefan Wenzel verkündet einen Neuanfang in der Endlagersuche; der grüne Landwirtschaftsminister Christian Meyer fordert maximale Transparenz und schnelle Aufklärung beim Betrugsskandal um falsch deklarierte Eier. Nach 19 langen Jahren in der Opposition sitzen Grüne wieder am Kabinetttisch!

Hinter uns lag ein intensiver Landtagswahlkampf mit einem echten Herzschockfinale am Abend des 20. Januar: Erst schien es, als habe es Schwarz-Gelb geschafft und McAllister feierte sich bereits. Dann sah es lange Zeit nach einem Patt aus und schließlich lag Rot-Grün vorne. Einen ähnlichen Wahlkrimi hat es lange nicht mehr gegeben.

Viel Zeit, um den Wahlausgang zu feiern, blieb uns nicht. Denn es mussten sofort Verhandlungen mit der SPD aufgenommen werden. Sachlich und ergebnisorientiert haben wir in wenigen Tagen den 96 Seiten umfassenden Koalitionsvertrag erarbeitet. Am 16. Februar wurde dieser auf den Parteitagen von SPD und Grünen einstimmig verabschiedet.

„Erneuerung und Zusammenhalt“, der Titel des Koalitionsvertrags, ist das Leitbild der politischen Arbeit mit der SPD. Er steht für die Zusammenarbeit in der Koalition, in der wir mit einer Stimme eine sehr knappe Mehrheit haben. In den kommenden fünf Jahren wollen wir wichtige Projekte, wie die Energiewende und mehr Gerechtigkeit in der Bildung, auf den Weg zu bringen. Das erreichen wir nur durch Geschlossenheit sowie einen fairen Umgang und eine Zusammenarbeit



Große Freude am Wahlabend: Anja Piel (links hinten), Stefan Weil (Mitte) und Stefan Wenzel (rechts hinten)

auf Augenhöhe in der rot-grünen Koalition.

Auf uns Grüne kommt in dieser Regierungsverantwortung die Rolle des Gestaltungsmotors zu, der dafür sorgt, dass der ökologisch-soziale Umbau mehr ist als eine Ankündigung im Koalitionsvertrag: Eine konsequente Energiewende, substantielle Änderungen in der Bildungspolitik und eine Neuausrichtung in der Landwirtschaft gibt es

nur durch starke Grüne. Um all dies zu gewährleisten, verzichten wir daher gerne auf den Titel der „Premium-Opposition“, den unsere Landtagsfraktion lange genug für ihre kontinuierliche und sachorientierte Oppositionsarbeit inne hatte.

JAN HAUDE
Landesvorsitzender
jan.haude@
gruene-niedersachsen.de



Was ist denn hier los?

Du blätterst gerade in den Grünen Seiten, danke für Dein Interesse. Und Du hast sicher schon gemerkt, irgendwas ist hier anders als früher. Irgendwie übersichtlicher. Und mit mehr Bildern.

Was ist da passiert? Angefangen hat alles am 15. Juni vergangenen Jahres. Damals hat der Regionsverband in einer Mitteilung im Newsletter „Menschen mit Erfahrung in redaktioneller Arbeit“ für das Redaktionsteam der Grünen Seiten gesucht. Die Resonanz auf den Aufruf: Es meldeten sich Janine, Norman und Urs.

Wir setzten uns kurz darauf zusammen, erst zum lockeren Kennenlernen und Diskutieren im Bistro ums Eck. Beim zweiten Treffen gründeten wir das Redaktionsteam. Und beim dritten Treffen begannen wir mit der ernsthaften Arbeit. Zuerst änderten wir das Schriftbild: Weniger Text, mehr Strukturelemente, größere Schrift und mehr Bilder sollten das Heft besser lesbar machen.

Für die Arbeit im Team mussten wir eine Organisationsstruktur finden. Über einen Cloud-Dienst im Internet verteilen wir nun Artikel und Bilder und stimmen uns ab. Damit taten sich einige von uns zunächst ein bisschen schwer. Auch die AutorInnen mussten sich umgewöhnen: Schon vor der Textabgabe bekommen sie die Info, wie viel Text wir brauchen und wo Bilder vonnöten sind. Und das klappt. Es ist toll, wie hier alle an einem Strang ziehen.

Nur das Layout bereitete uns Probleme. Dann stieß im Herbst Julian zu uns, der nicht nur mit Texten umgehen kann, sondern auch mit der Grafik. Nun gestalteten wir die Titelseite und die Rubriken neu. Im Dezember starteten wir dann mit der ersten Version des neuen Layouts, die wir für diese Ausgabe noch einmal überarbeitet haben.

Die eigene Arbeit zu beurteilen ist schwer. Deshalb wollen wir den Ball nun an Dich weitergeben. Was meinst Du? Wie haben wir unseren Job gemacht? Könnte man noch etwas besser machen? Was fehlt im Heft? Was hat Dir gut gefallen, was weniger? Schreib uns einfach: region@gruene-hannover.de

Viel Spaß beim Lesen dieser Ausgabe wünschen

Julian Bühler, Janine Drolinvaux, Urs Mansmann, Norman Seibert und Elke Wohlfarth

Abschied und Neuanfang!

Ronald Schütz wechselt in die Regionsfraktion

Nach über 20 Jahren als Geschäftsführer der Partei, wird Ronald nicht mehr im Senior-Blumenberg-Gang 1 anzutreffen sein. Wir bedanken uns für die tolle Arbeit.

Über 7.305 Tage hat Ronald uns Grüne durch Höhen und Tiefen gebracht. Ab 1992 als Geschäftsführer des Kreisverbandes Hannover-Land



Rahel, Ronald und Elke bei der Arbeit Foto:© privat

und seit 2001 als Geschäftsführer der Region Hannover. Für Ronald war diese Stelle mehr als ein Job: Er war Partei-Geschäftsführer mit Leib und Seele und überzeugte mit Herzlichkeit, Humor und Engagement – während und weit über die Arbeitszeit hinaus. Jeder, der mit ihm zu tun hatte, kann dies bestätigen. Seit 1991 ist Ronald neben seinem Hauptberuf auch Mitglied der Grünen-Fraktion im Rat der Stadt Lehrte. Er war schon Landesschatz-

meister und 2011 organisierte er nicht nur den Kommunalwahlkampf für den Regionsverband sondern trat auch als grüner Kandidat für das Bürgermeisteramt in Lehrte an. Ronalds „enzyklopädisches“ Grünen-Wissen bewährte sich immer wieder und bereicherte uns in vielen Gelegenheiten. Vor allem aber konnte man von Ronald eines lernen: Humor und Geduld bewahren!

Die Anzahl der Vorstandsmitglieder, die Ronald begleitet haben, können wir leider nicht mehr rekonstruieren, es werden aber mehr als 50 gewesen sein. Auch für sie war und ist er durch seine Erfahrung und besonnene Art immer eine Hilfe von unschätzbarem Wert gewesen. Ronald ist uns glücklicherweise nicht ganz verloren gegangen - seit dem 1. Februar bringt er seine vielfältigen Erfahrungen als Geschäftsführer bei der Regionsfraktion ein. Wir sind uns

mehr als sicher, dass Du - lieber Ronald - auch hier super Arbeit leisten wirst. Lieber Ronald, wir sagen vielen herzlichen Dank und wünschen Dir viel Erfolg auf deinem Weg!



Ronalds Freizeitaktivitäten

Foto:© privat

RAHEL MISSAL
Geschäftsführerin SV
stadt@gruene-hannover.de



CHRISTIAN GAILUS
Geschäftsführer RV
gailus@gruene-hannover.de



Trauer um Uwe Kickstein

Altgediente Mitglieder werden Uwe Kickstein noch als aktiven Grünen kennen, andere kennen ihn vielleicht durch Forum-Druck. Ich habe eine traurige Nachricht: unser Freund Uwe ist tot. Noch nicht einmal 60 Jahre alt ist er am 19. Februar 2013 nach kurzer, schwerer Krankheit trotz intensivster ärztlicher Bemühungen verstorben.

Uwe gehörte zu den ersten Grünen in Linden. Die Stadtteilgruppe traf sich anfangs in seiner WG in der Wittekindstraße, in der auch Rainer Schmiedeskamp wohnte. Er gründete mit Uli Broszewski (später Energiewerkstatt) Forum-Druck, die erste „grüne“ Druckerei mit Recycling-Papier in Hannover. In den 80er und 90er Jahren produzierten wir zusammen das Lindener Mitgliederblatt „Grünspan“. Die „Grünen Zeiten“ des Landesverbandes wurden hier anfänglich gedruckt, die hannoverschen Grünen Seiten bis

zuletzt. Für die grüne Landtagsfraktion stellte er fast alle Druckerzeugnisse her.

Nach seinem Umzug in die Striehlstraße 11, wo die Druckerei seit Mitte der 80er Jahre stand, galt sein privates Hauptinteresse dem Budhismus. Uwe war ein ruhiger, lebenswerter und geduldiger Mensch, kompetent und immer hilfsbereit. Wir werden Dich vermissen.

Sehr traurig, Jonny Peter

Wechsel im Vorstand

Danke, Friederike! Willkommen Gisela!

Nach drei Jahren verlässt Friederike Kämpfe den Vorstand des Stadtverbands. Ihre Nachfolgerin ist Gisela Witte, sie wurde am 12. März von der Mitgliederversammlung zur Vorsitzenden gewählt.



Friederike droht dem Vorstand, die kompromittierenden Fotos der Vorstandsmitglieder auf ihrem Kaffeebecher zu twittern.

Foto: © privat

Friederike hat Wort gehalten - nach ihrer Wahl zur Vorsitzenden im April 2010 umriss sie Vision und Aufgabe des neu gewählten Vorstands mit den Worten: „Veränderung hat eine Farbe, sie ist GRÜN!“ In diesem Sinne hat sie in den letzten drei arbeitsintensiven Jahren gemeinsam mit ihren KollegInnen im Vorstand und dem großartigen Einsatz der grünen Mitglieder unter anderem zum erfolgreichen Abschluss von zwei richtungsweisenden Wahlkämpfen beigetragen, der Kommunalwahl 2011 und der Landtagswahl 2013. In beiden haben die Grünen in Hannover satte Zugewinne eingefahren: 7,8 Prozent bei der Kommunalwahl und 6,3 Prozent bei der Landtagswahl.

Bei der Zusammenarbeit im Vorstand kam uns vor allem ihre vielseitige Erfahrung zu Gute: Mitarbeit in der Landtagsfraktion, gleichstellungspolitische Sprecherin der grünen Regionsfraktion, Mitarbeit in der BAG Frauen, regelmäßig Delegierte bei Landes- und Bundesparteitagen

und Vorsitzende des Stadtverbands. Friederike kennt die politische Arbeit aus ehren- und hauptamtlicher Perspektive, als Angestellte und Chefin. Bei den Vorstandssitzungen, die sie in der Regel moderierte, sorgte dieser Mix stets für ein produktives, offenes und harmonisches Arbeitsklima.

Inhaltlich hat Friederike die Arbeit der Grünen Hannover besonders beim Thema Frauen- und Gleichstellungspolitik mitgestaltet. Diesem Thema wird sie sich in Zukunft hauptamtlich bei ihrer Arbeit als Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Hannover widmen. Den MitarbeiterInnen dort kann ich zu Friederike als Chefin nur gratulieren und ich bin mir sicher, dass das Referat für Frauen und Gleichstellung bei ihr in guten Händen ist.

Liebe Friederike, vielen Dank für Dein großes Engagement in den letzten Jahren. Du hattest immer ein offenes Ohr für die Mitglieder, Deine VorstandskollegInnen und Angestellten – schön, dass es Dich gibt.

Und jedem Abschied folgt ein Anfang: Gisela Witte (62, Lehrerin an der BBS 11 in Hannover, Stadtteilgruppensprecherin Vahrenwald-List), wurde von den Mitgliedern zur neuen Vorsitzenden des Stadtverbands gewählt.

Giselas politische Wurzeln liegen in der Anti-Atom- und Friedensbewegung. In ihrer Bewerbungsrede machte sie deutlich, dass sie sich vor allem für die Themen soziale Gerechtigkeit und Bildung stark machen werde. Außerdem liegt ihr die Stärkung der Stadtteilgruppen am Herzen. Herzlich Willkommen im Vorstand, Gisela – wir freuen uns auf die Zusammenarbeit in den nächsten Jahren.



Gisela Witte ist neue Vorsitzende des Stadtverband Hannover Foto: © privat

RAHEL MISSAL
Geschäftsführerin SV
stadt@gruene-hannover.de



Wechsel in der Ratsfraktion

Umbesetzung in Fraktionsvorstand und Fachgremien

Die Wahl von Maaret Westphely und Belit Onay in den Niedersächsischen Landtag, der sich am 19. Februar 2013 konstituierte, führt zu vielen personellen Veränderungen in unserer Fraktion.

Die Wahl von Maaret Westphely und Belit Onay in den Niedersächsischen Landtag, der sich am 19. Februar 2013 konstituierte, führt zu vielen personellen Veränderungen in unserer Fraktion.

Seither sind statt Maaret Freya Markowis und Pat Drenke Mitglied im Fraktionsvorstand, und zwar neben Lothar Schlieckau, Ingrid Wagemann und Michael Dette. Zur Ratsitzung am 14. März 2013 hat Maaret auf ihr Ratsmandat verzichtet. Gleichzeitig rückte Dr. Elisabeth Clausen-Muradian als grüne Ratsfrau nach.



Freya Markowis ist neues Mitglied des Fraktionsvorstands Foto:© privat

Elisabeth ist promovierte Juristin und als Rechtsanwältin in Hannover tätig. Ihre Fachgebiete sind das Medien- und Urheberrecht sowie Mediation im Bereich Wirtschaft. Für die Grünen hatte sie seit Oktober 2006 einen Sitz im Stadtbezirksrat Mitte, seit November 2009 war sie stellvertretende Bezirksbürgermeisterin, schied allerdings aufgrund eines Umzuges nach Waldhausen dort im Oktober 2010 aus.

Elisabeth wird im wesentlichen die Fachbereiche von Maaret übernehmen. Sie wird uns also im



Pat Drenke ist neues Mitglied des Fraktionsvorstands Foto:© privat

Wirtschaftsausschuss sowie in den Betriebsausschüssen HCC und Städtische Häfen vertreten, darüber hinaus auch im Bauausschuss sowie im Aufsichtsrat der GBH. In diesem

ver wird Maaret vorerst beibehalten. Belit wird bis auf weiteres Mitglied unserer Ratsfraktion bleiben, weil er das als sinnvollen Brückenschlag zwischen Landtags- und Ratsarbeit sieht. Er behält seine Fachbereiche und die Aufgabe des finanzpolitischen Sprechers, wird allerdings den Sitz im Beirat der Deutsche Messe AG an Mark Bindert abgeben.

Freya verläßt im Zuge ihrer neuen Aufgabe im Fraktionsvorstand den Kulturausschuss. Mark Bindert löst sie dort ab. Selin Arikoglu wird Mark Bindert in den Ausschuss für Organisation und Personal nachfolgen, und zwar neben Michael Dette und Oliver Kluck. Von Michael wird sie die Aufgabe der personalpolitischen Sprecherin unserer Fraktion übernehmen.



Elisabeth Clausen-Muradian rückt als grüne Ratsfrau nach

Foto:© privat

Zuge wird sie auch die Funktion der wirtschaftspolitischen Sprecherin übernehmen. Ihre Funktion als Verwaltungsrätin der Sparkasse Hanno-

GÜNTHER WULFERT
Geschäftsführer Ratsfraktion
stadt@gruene-hannover.de



„Für ein weltoffenes, soziales

In der Landeshauptstadt Hannover geht Lothar Schlieck

Zeitgleich mit der Bundestagswahl wird am 22. September in Hannover die Oberbürgermeisterwahl stattfinden. Bündnis 90 / Die Grünen haben bei der Mitgliederversammlung am 12. März 2013 einen eigenen Kandidaten nominiert: Lothar Schlieckau (62 Jahre) soll neuer Oberbürgermeister werden.

In Hannover sind wir kurz davor, zweitstärkste Kraft zu werden - seit der letzten Kommunalwahl trennen uns nur noch ganze 3,8 Prozent von der CDU. Durch die anhaltenden Wahlerfolge gehen wir in die kommende Oberbürgermeisterwahl mit viel Selbstbewusstsein und nehmen Kurs auf die Stichwahl, denn wir wollen nicht nur mehr Grün in der Bundesregierung, sondern auch mehr Grün im Rathaus. Andere Städte haben gezeigt, was möglich ist, nun liegt es an uns nachzuziehen.

Unser Kandidat ist seit mehr als 20 Jahren Mitglied der grünen Ratsfraktion und seit 15 Jahren Fraktionsvorsitzender. Er begleitet und gestaltet Hannoversche Politik also schon viele Jahre lang und kennt sich bestens

aus. Ein entscheidender Pluspunkt, der seinen Mitbewerbern fehlt: Im Gegensatz zu ihnen weiß Schlieckau nicht nur theoretisch, was das Beste für die Stadt Hannover ist: „In der jahrzehntelangen Fraktionsarbeit habe ich gemeinsam mit verschiedenen Oberbürgermeistern Stadtpolitik gestaltet und weiß dadurch, wie sich die besten Zukunftskonzepte für Hannover umsetzen lassen. Auch Winfried Kretschmann hat in Baden-Württemberg 20 Jahre im Landtag gesessen, gearbeitet, Wissen und Erfahrung gesammelt – dann, als die Zeit reif war, hat er zugeschlagen. Das habe ich für Hannover auch vor“ sagte der Herausforderer nach seiner Wahl.

Verwaltungserfahrung sammelte Lothar durch seine über vierzig-



Die Mitgliederversammlung hat entschieden: das Oberbürgermeisteramt der Landeshaupt-

Der Vorstand des Stadtverbands gemeinsam mit dem OB-Kandidaten: v.l.n.r. Mareike Behmann, Gisela Witte, Lothar Schlieckau, Barbara David, Tobias Leverenz, Daniel Gardemin



„Urban und ökologisches Hannover“

Lothar Schlieckau als grüner Oberbürgermeisterkandidat ins Rennen



Lothar Schlieckau ist grüner Kandidat für Oberbürgermeisteramt Hannover

50-jährige hauptamtliche Tätigkeit in verschiedenen Kommunalverwaltungen. Aktuell arbeitet er als Psychatriekoordinator des Sozialpsychiatrischen Dienstes der Region Hannover und ist dort für die Koordination von über 240 Angeboten der Psychosozialen/Psychiatrischen Beratung, Betreuung und Behandlung von Menschen mit psychischen Erkrankungen zuständig.

Für Ökologie, Ökonomie und Kultur

Inhaltliche Schwerpunkte setzt Lothar bei den Themen soziale Gerechtigkeit, Bildung und bei der Umsetzung ökologischer Ziele, die für ihn nicht mit wirtschaftlicher Entwicklung im Widerspruch stehen. Wichtig ist ihm zudem „Hannover urban und weltoffen zu gestalten“. Urbanität bedeutet für den passionierten Theaterbesucher unter anderem auch die Förderung der Kultur, die für ihn kein Randthema darstellt. Zur Zeit ist er Vorsitzender des Kul-

turausschusses des Rates. Lothar lebt seit 1982 in Hannover-Linden, ist verheiratet und Vater einer erwachsenen Tochter.

Der Vorstand freut sich auf einen entschlossenen und kreativen Wahl-

FRIEDRIKE KÄMPFE
SV Vorsitzende a.D.
rikekaempfe@gmx.de



TOBIAS LEVERENZ
SV Vorsitzender
tobias.leverenz@gruene-hannover.de



RAHEL MISSAL
Geschäftsführerin SV
stadt@gruene-hannover.de



Lothar kurz vor seiner Wahl: Gemeinsam mit der neu gewählten Vorsitzenden des Stadtverbands Gisela bei der Aktions- und Menschenkette rund um das AKW-Grohnde anlässlich des zweiten Jahrestags des Reaktorunglücks von Fukushima



Ein Übergriff ...

...ist ein Übergriff. Warum auch George Clooney Frauen nicht belästigen darf

Mit einem Blogbeitrag über alltäglichen Sexismus und dem Vorschlag, Tweets zu diesem Thema mit dem Hash-tag #Aufschrei zu versehen, wurde eine gesellschaftliche Debatte losgetreten, die noch immer wirkt.

Aufschreiben gegen Sexismus

Offener Brief an Joachim Gauck anlässlich der Sexismus-Debatte

Wofür diese Seite gut ist

Hier werden Erlebnisse zu Sexismus, Homo-, Queer- und Transfeindlichkeit und zu Rassismus, Klassismus und Ableismus, den Frauen erleben, gesammelt. Das können Kleinigkeiten sein, die sich wie Alltag anfühlen oder sexualisierte Übergriffe und Gewalt. Sachen, die euch lähmen oder aufregen, die euch nerven oder stören. Beschreibt sie so lang oder kurz, wie ihr wollt – gerne anonym. Sexismus ist keine Bagatelle, sondern ein ernsthaftes Problem, das wir nicht akzeptieren wollen.

Eure Geschichten helfen, darauf aufmerksam zu machen:

Name (geht auch anonym)

- 4666 Beiträge
- Gefällt mir 3,3 Tsd.
- [#Aufschrei](#)
- Kommentarrichtlinien
- E-Mail schreiben
- Impressum
- RSS-Feed
- Offener Brief an Joachim Gauck anlässlich der Sexismus-Debatte

Links

- Everyday Sexism
- Stop Street Harassment
- Hollaback! Berlin
- Hollaback! Dresden
- Mädchenmannschaft
- Mädchenblog
- One Billion Rising
- Petition an ARD, ZDF und die dritten Programme: Klart endlich angemessen über den Sexismus in dieser Gesellschaft auf!

Ressourcen

richten etwa vom ungeniert erzählten "Herrenwitz", von übergriffiger Behandlung durch Ärzte, sogar von massivem sexuellem Missbrauch. Es sind traurige Geschichten, aber die Seite macht trotzdem Mut. Aus den Beiträgen spricht häufig eine Erleichterung darüber, dass es nun möglich wird, diese Geschichten zu erzählen. Damit ist klar, dass die Causa Brüderle nur der Tropfen war, der das Fass zum Überlaufen brachte. Und dass Bundespräsident Gauck von einem "Tugendfuror" spricht und die Debatte als "hochgejazzt" bezeichnet, macht klar, dass sie noch längst nicht vorbei ist.

Weiterführende Links:

Aufschreiben gegen Sexismus:
www.alltagssexismus.de

Der Blogbeitrag, mit dem alles begann: <http://kleinerdrei.org/2013/01/normal-ist-das-nicht/>

Offener Brief an den Bundespräsidenten: <http://alltagssexismus.de/gauck/index/>

Auf www.alltagssexismus.de werden sexistische Erlebnisse von Frauen thematisiert

Die Debatte über #Aufschrei läuft auf allen Kanälen, in allen Zeitungen und natürlich im Netz. Die Beiträge sind mal mehr und mal weniger konstruktiv, differenziert wird nicht immer. "Dann darf man ja gar nicht mehr flirten!" ist so ein Kurz-Schluss, den mancher aus #Aufschrei zieht. Ein anderer sorgt sich, verklagt zu werden, wenn er alleine mit Frauen Fahrstuhl fährt. Doch zwischen einem Flirt und einem (sexualisierten) Übergriff liegen Welten: Ein Flirt geschieht auf Augenhöhe, einvernehmlich und mit dem Ziel, Kontakt aufzunehmen. Ein Übergriff hingegen hat zum Ziel, das Gegenüber zum Objekt zu degradieren und Macht zu demonstrieren. Ob das nun Rainer Brüderle oder George Clooney tut, macht dabei keinen Unterschied.

Sexualisierte Übergriffe sollten nicht mit Sexismus verwechselt oder gleichgesetzt werden, denn sie sind nur eine Erscheinungsform davon.

Wir leben noch immer in einer Gesellschaft und Kultur, in der das Geschlechterverhältnis hierarchisch strukturiert ist und Frauen nicht in allen Lebensbereichen die gleichen Möglichkeiten haben: Frauen verdienen 22 Prozent weniger als Männer, etwa weil Berufe, die Frauen ausüben, häufig schlechter entlohnt werden oder weil Frauen es schwerer haben in Führungspositionen aufzusteigen. Fast 60 Prozent der Frauen, die in einer repräsentativen Studie des Bundesfamilienministeriums befragt wurden, haben am Arbeitsplatz, in der Öffentlichkeit oder im persönlichen Umfeld sexuelle Belästigungen erlebt.

Wer zum #Aufschrei recherchiert, landet schnell auf alltagssexismus.de, einer Seite, die kurz nach Beginn der Debatte online ging. Seit Ende Januar haben dort über 4.000 Menschen ihre Erlebnisse zu Sexismus, Homo-, Queer- und Transfeindlichkeit veröffentlicht. Die Beiträge be-

FRIEDRIKE KÄMPFE
SV Vorsitzende a.D.
rikekaempfe@gmx.de



Der März gehört den Frauen

Mit Gender Budgeting für mehr Geschlechtergerechtigkeit

Der März ist der Monat des Kampfes für mehr Geschlechtergerechtigkeit. Der Internationale Frauentag am 8. März erinnert an das Recht von Frauen auf ein selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Leben. Und der Equal Pay Day schafft Bewusstsein für die Ungerechtigkeit der ungleichen Bezahlung von Frauen und Männern. Denn erst am 21. März werden Frauen so viel verdient haben wie die Männer im Jahr 2012

Was bedeutet Gender Budgeting?

Es ist ein Instrument für mehr Geschlechtergerechtigkeit in der Stadtgesellschaft. Gender Budgeting ist die Analyse des Haushalts auf der Basis gleichstellungspolitischer Ziele. Ein- und Ausgaben werden, vereinfacht gesagt, dahingehend betrachtet, ob ein Geschlecht bevorzugt bzw. benachteiligt wird. Diese Analyse ermöglicht die Überprüfung der gleichstellungspolitischen Ziele, schafft mehr Transparenz über die Einnahmen und Ausgaben der Stadt und bietet damit eine Grundlage für die politische Steuerung.

Es geht um Feinjustierungen, meint die Expertin Dr. Frey

Im Februar fand eine gut besuchte Veranstaltung des Stadtverbandes mit der Expertin Dr. Frey statt. Sie stellte klar, dass Gender Budgeting nicht bedeuten muss, dass Gelder umverteilt werden, sondern dass es vielfach auf Feinjustierungen ankomme. Beispielsweise können Handlungsempfehlungen darin bestehen, Beratungszeiten außerhalb der Kinderbetreuungszeiten anzubieten oder Veranstaltungen gezielt anzukündigen.

Antrag zur Erprobung von Gender Budgeting

Die grün-rote Ratsmehrheit hat daraufhin im März den Antrag eingebracht, Gender Budgeting an zwei Themenfeldern zu erproben: Der Stadtteilkulturarbeit und der Wirtschaftsförderung. Anhand dieser zwei unterschiedlichen Produkte

soll deutlich werden, welchen Nutzen Gender Budgeting für unseren Haushalt hat. Damit wird der Prozess des Gender Mainstreamings, mit dem die LHH bereits 2002 begonnen hat, weitergeführt.

Wem das zu lange dauert, sei dazu aufgerufen, sich am Equal Pay Day zu beteiligen: Am 21.03. von 13.15 Uhr finden auf dem Platz der Weltausstellung Aktionen statt.



Für ein ausgewogenes Gender Budgeting bedarf es einer Feinjustierung

Erfahrungen anderer Kommunen haben gezeigt, dass es sich um einen langen Weg handelt bis Geschlechtergerechtigkeit im Haushalt angekommen ist, umso wichtiger ist es, den Prozess zu beginnen.

SABINE NOLTE VOGT
Sprecherin Gleichstellung
snoitev@t-online-de





Ab in die Tonne oder doch in den Sack?

Fotos: © privat

In der Region gibt es zwei Systeme für die Müllabfuhr. Ein Gerichtsurteil verpflichtet die Verwaltung ab 1. Januar 2014 zu einheitlichen Müllgebühren. Eine Entscheidung, die die Gemüter erregt.

Wie läuft es bisher?

Im Umland der Region Hannover werden heute Säcke an die Straße gestellt. Jedes Grundstück zahlt eine feste Grundgebühr. Zusätzlich entstehen Kosten je nach Müllmenge beim Kauf der Säcke. In der Stadt Hannover und in Teilen des Umlands wird über Behälter entsorgt: Abgerechnet wird ohne Grundgebühr, aber über ein Mindestvolumen pro Kopf und eine variable Gebühr je nach Müllmenge über die Behältergröße.

Warum müssen wir jetzt handeln?

Die beiden Abfuhrsysteme und Gebührenberechnungen stammen noch aus der Zeit der Trennung in die kreisfreie Stadt und den Landkreis Hannover. Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg hat dies

jedoch im letzten Jahr für unrechtmäßig erklärt und fordert: gemeinsames Entsorgungsgebiet = einheitliche Gebührenberechnung. Dafür muss ab dem 01.01.2014 eine neue Gebührensatzung gelten, über die wir im Sommer beschließen müssen.

Können wir dann nicht zwei Entsorgungs- und Gebührengelände einführen?

Das geht, aber nur, wenn für jedes Gebiet eine eigenständige Kostenermittlung erfolgt. Das bedeutet einen großen Verwaltungsaufwand mit Mehrkosten für die VerbraucherInnen, denn alle entstehenden Kosten (z.B. jeder zurückgelegte Müllwagen-Kilometer) müssen eindeutig einem System zugeordnet werden. Wir favorisieren daher ein einheitliches System!

Ein Gebührensystem - was hat das mit Sack oder Tonne zu tun?

Das Oberverwaltungsgericht (OVG) hat in seinem Urteil das Missverhältnis von hoher Grundgebühr zu geringen variablen Kosten im Sackgebiet kritisiert. Eine gerichts-feste Kalkulation hat direkte Auswirkungen auf die Preise von Säcken und Tonnen: Bei gleichbleibenden Gesamtkosten bedeutet eine günstige Grundgebühr hohe Preise für Säcke und Tonnen! Bei der Preisgestaltung bleibt der Spagat zwischen Anreiz zur Müllvermeidung und der Gefahr der wilden Entsorgung, insbesondere bei Sackabfuhr.

Wozu überhaupt eine Grundgebühr?

Mit der Grundgebühr müssen die Fixkosten beim Abfallentsorger finanziert werden. Dies gilt für die umfangreiche Infrastruktur (Fahrzeuge, Sammelpunkte, Deponien) und die vielen Dienstleistungen (Wertstoffhöfe, Grüngutannahme, Sperrmüllentsorgung). Der zulässige prozentuale Anteil der Grundgebühr wird vom Gericht je nach Bezugsgröße (Grundstück, Wohnung, Personen) begrenzt.

Wie können die Gebühren konkret aussehen?

Nach dem OVG-Urteil sind verschiedene Varianten denkbar:

1. *Grundgebühr bis 30 Prozent.* Im Tonnengebiet wird eine Grundgebühr eingeführt, dafür sinken die Kosten pro Tonne - kaum Veränderung! Im Sackgebiet ändert sich einiges: Die Grundgebühr - derzeit etwa 80 Prozent der Entsorgungskosten - sinkt auf 30 Prozent. Um trotzdem kostendeckend arbeiten zu können, müsste der 35-Liter-Sack über 5 Euro kosten!

2. *Grundgebühr Umland bis zu 50 Prozent.* Sie muss dann personenbezogen erhoben werden. Dies bedeutet eine Neuberechnung bei

Geburten, Todesfällen, Zu- oder Wegzügen, was aufwändig und kostenintensiv für die Kommunen ist. Es bleiben Sackkosten von über 3 Euro.

3. Grundgebühr bis zu 75 Prozent in begründeten Ausnahmefällen möglich. Auch hier muss pro Kopf berechnet werden. Die Säcke kosten dann immer noch ca. 2,70 Euro. Ob ein Gericht eine solche (Dauer-) Lösung als „begründeten Ausnahmefall“ akzeptieren würde, ist offen!



Wer möchte die Säcke abschaffen?

Das hat niemand explizit gefordert. Die von aha und Region vorgelegten Rechenmodelle deuten aber darauf hin, dass der Sack in Zukunft keinen Vorteil mehr bei Müllvermeidung und Gerechtigkeit bietet. Dann ist die wirtschaftlichste Art der Entsorgung zu wählen. Bereits heute werden knapp drei Viertel des Restmülls der Region in Behältern abgefahren, wie fast überall bundesweit. Hinzu kommt: Die Sackabfuhr belastet die Mitarbeiter von aha körperlich stark. Nach der EU-Rahmenrichtlinie zum Arbeitsschutz könnte heute eine Sackabfuhr nicht neu eingeführt werden.

Information der grünen Regionsfraktion

Welche Ziele verfolgen wir Grünen?

1. Müllvermeidung

Durch eine geringe Grundgebühr wird ein Anreiz zur Müllvermeidung geboten, denn der größte Teil der Abfallgebühr wird variabel. Bei Einführung einer Grundgebühr von 30 Prozent würde ein flexibler Anteil von 70 Prozent bleiben. JedeR hat zukünftig also mehr Einfluss auf seine Müllgebühren – egal ob mit Sack oder Tonne.

1. Sozialverträglichkeit

Familien mit Kindern sollen nicht stärker belastet werden. Dies schließt eine Berechnung der Grundgebühr pro Kopf aus. Zur Entlastung sind kostengünstige „Windelsäcke“ denkbar. Auch sparsame Alleinstehende (RentnerInnen) dürfen nicht über Gebühr belastet werden.

1. Hoher Dienstleistungsstandard

Die vielen kostenlosen Serviceangebote sind ein Standortvorteil für unsere Region! Sie sichern einen hohen Rücklauf verwertbarer Rohstoffe und verhindern wildes Entsorgen von Sperrmüll. Daher wollen wir sie mit der Grundgebühr sichern.



1. Gebührengerechtigkeit

Solidarsystem Müllabfuhr: Grundgebühr als Basis, darüber hinaus: Wer wenig Müll macht, zahlt auch wenig. Gegenüber heute wird es dabei Umverteilungen und deshalb auch Kritik geben. Wir müssen unsere Ziele aber zukünftig in einem gerichtsfesten Modell realisieren!

TERMINE:

14.03. 2013

Abfallausschuss, öffentlich, evtl. Vorentscheidung über eine Variante

Haus der Region, Hildesheimer Straße, N001

04.04. 2013

Abfallausschuss, öffentlich, endgültige Entscheidung über Variante

Haus der Region, Hildesheimer Straße, N001

13.06. 2013

Beschluss der Regionsversammlung über die Satzung, öffentlich

Haus der Region, Hildesheimer Straße, N001

ELKE THIELMANN-DITTERT
Abfallpolitische Sprecherin
thielmann-dittert@
t-online.de



Was kann man noch kaufen?

Lebensmittelskandale: Tipps für Verbraucher

Etikettenschwindel mit Pferdefleisch, Schmu mit Eiern, giftiges Tierfutter aus Serbien: In den letzten Wochen jagt ein Skandal den anderen und meist steht Niedersachsen als Produktionsland Nummer 1 für tierische Produkte im Zentrum.



Hier steckt nicht drin, was draufsteht.

Foto: © AndreasF. / photocase.com

Selbst wenn es ein wenig zynisch klingen mag, die Skandale haben auch eine gute Seite: Es entsteht mehr öffentliche Aufmerksamkeit für die von den Grünen gewollte Agrarwende. Denn hinter allen Skandalen wird das System erkennbar, das zu diesen Missständen führt: Es ist der mangelhaft kontrollierte globale Handel mit Fleisch und Futtermitteln und es sind agrarindustrielle Strukturen, die zum Betrug verleiten.

Beim Betrug mit der Besatzdichte in Legehennenställen zeigt sich ein weiteres Grundmuster: Er wird in den Medien fast immer als Bio-Eier-Skandal bezeichnet. Das ist eine grobe Vereinfachung, denn die Staatsanwaltschaft ermittelt sowohl gegen Bio- als auch gegen konventionelle Betriebe. Aber immer, wenn Bioprodukte in einen Skandal verwickelt sind, wird dieser Aspekt von den Medien groß heraus gestrichen.

So wird die gesamte Bio-Branche diskreditiert.

Dabei warnen Kenner der Szene schon seit einigen Jahren, dass „bio“ nicht gleich „bio“ ist, weil sich auch in diesem Bereich gerade bei Eiern agrarindustrielle Strukturen herausgebildet haben. Es hat sich nämlich herumgesprochen, dass man mit Bio-Eiern gut Geld verdienen kann. Deshalb gibt es Landwirte, die einzig und allein aus ökonomischen Gründen bio erzeugen. Nach EU-Öko-Verordnung ist es nämlich erlaubt, in einem Betrieb nebeneinander konventionell und biologisch zu wirtschaften - eine Tatsache, die zum Betrug geradezu einlädt. Es gibt sogar Betriebe, die Eier mit dem Bio-Siegel in Ställen mit bis zu 15.000 Hennen „produzieren“. Dabei ist besonders der Konzern „Wiesengold Landei“, Deutschlands größter „Bio“-Eier-Produzent, in die Kritik geraten. Er gehört dem Naturland-Verband an.

Wenn man Bio-Eier direkt beim Erzeuger oder im Bioladen kauft, erfährt man den Namen des Hofes und kann sich in der Regel im Internet einen Eindruck verschaffen – oder auch selbst mal hinfahren.

Sieben Tipps für den Lebensmitteleinkauf

Für Menschen, die beim Einkauf von Lebensmitteln nicht einfach zum Billigsten greifen, sondern nach Qualität suchen, gibt es inzwischen ein Problem: Was kann man denn überhaupt noch kaufen? Dazu ein paar Tipps:

- Möglichst wenig verarbeitete Produkte kaufen – lieber selber kochen! (Es gibt auch gute schnelle Rezepte)

- Märkte und Bauernmärkte nutzen, die Produkte kommen meist aus der Region

- In Bio-Läden einkaufen

- Erkunden, ob es in der Nähe einen Hofladen gibt

- Bringdienste (GemüseKiste) ausprobieren (das Bio-Angebot umfasst viel mehr als Gemüse). In der Region

Hannover zum Beispiel <http://www.gemuesekiste.com/index.php/produkte.html>

CHRISTIANE HUSSELS
Sprecherin AG Land & Tier
christiane.hussels@arcor.de



Landtagsimpressionen

Erste Eindrücke unserer neuen Volksvertreter

Am 20. Januar endete ein extrem spannender Wahlkampf mit einem großartigen Ergebnis für Bündnis 90 / Die Grünen. Belit Onay, Maaret Westphely und Thomas Schremmer dürfen dadurch als neue Abgeordnete in den niedersächsischen Landtag und berichten hier von ihren ersten Eindrücken.



Die neuen Landtagsabgeordneten aus Hannover

Foto: © privat

Mein persönliches Highlight während der ersten Landtagssitzung war meine Einteilung als Schriftführer. Bei der anschließenden Rede des Ministerpräsidenten konnte ich ihm vom Präsidiumssitz aus den „Rücken stärken“, während er die Ziele von rot-grün erklärte und dabei scharf von der Opposition angegriffen wurde. Von dort oben war die Verbitterung von Schwarz-Gelb noch ganz deutlich zu sehen, zu hören und zu spüren. Die Trennlinie zwischen Groll auf der einen und Aufbruchstimmung auf der anderen Seite war an diesem Tag besonders scharf.

Weil wurde bei seiner Rede unterbrochen, es wurde demonstrativ weggehört, ignoriert und an missliebigen Stellen wild gestikuliert und gerufen. Offensichtlich bedarf es für einen fairen und sachlichen Umgang im Landtagsplenum ebenfalls eines Paradigmenwechsels.

Mindestens genauso wichtig wie Politik im Plenarsaal ist die Politik vor Ort. Wir wollen ernst machen mit einem neuen Stil des Zuhörens und Beteiligens mit dem Ziel, pragmatische Vorschläge und Lösungen für eine ökologische und soziale Entwicklung zu machen. Das können wir nur zusammen mit Euch in den Städten und Gemeinden. Der Wahlkampf hat gezeigt, was für ein gutes Team wir sind, wenn alle einem Strang ziehen! Weil wir dafür Zeit, Arbeitskraft und gute Ideen brauchen, werden wir ein Regionalbüro im Grünen Zentrum einrichten. Es wird uns und Euch unterstützen, grüne Landespolitik noch stärker in unserer Region bekannt zu machen und soll unser Ohr für Eure Anliegen sein. Denn (ich traue es mich kaum zu schreiben) der nächste Wahlkampf steht vor der Tür – wir sind bereit!

Die erste Arbeitswoche in der Fraktion war für mich ein immerwährendes „Aha“, „Ach so“ und „Wie komme ich dahin?“ – ein geschäftiges Umziehen, Akten durchsehen, ganz viel Post bearbeiten und eine Dienstreise nach Berlin mit Rückkehr am gleichen Tag. Und ganz nebenbei habe ich in vielen Gesprächen mit den anderen Abgeordneten feststellen dürfen, wie vorteilhaft es doch ist, dass der Landtag für mich als Arbeitsplatz quasi „um die Ecke“ in Hannover liegt. Viele unserer KollegInnen haben einen ziemlich langen Anfahrtsweg, manchmal jeden Tag – da bewundere ich die Familien doch sehr. Auch aus diesem Grund habe ich neben der lokalen Betreuung zusammen mit Maaret und Belit auch noch den Landkreis Cuxhaven als grüner Ansprechpartner übernommen, das gehört auch zur Solidarität.

BELIT ONAY
Landtagsabgeordneter
belit.onay@
lt.niedersachsen.de



MAARET WESTPHELY
Landtagsabgeordnete
maaret.westphely@
lt.niedersachsen.de



THOMAS SCHREMMER
Landtagsabgeordneter
thomas.schremmer@
lt.niedersachsen.de



Keine Ausbildung – keine Zukunft

2,2 Millionen junge Menschen ohne Berufsabschluss

Es stimmt: Im Vergleich zu Griechenland - dort liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei 60 Prozent - geht es den jungen Menschen in Deutschland super. Das kann aber kein Trost sein für die rund 2,2 Millionen jungen Erwachsenen, die hierzulande keinen Berufsabschluss haben. Alle, die durchs Ausbildungsraster gefallen sind, haben schlechte Jobchancen, viele sind arbeitslos. Sie fehlen als Fachkräfte sowie als Steuer- und Beitragszahler. Die Bertelsmann-Stiftung schätzt, dass sich die Folgekosten unzureichender Bildung in den kommenden 10 Jahren auf mehr als 15 Milliarden Euro summieren werden.

Wie konnte es soweit kommen?

In Deutschland wurden in den vergangenen Jahren zu wenige Ausbildungsplätze angeboten - trotz guter Konjunkturlage und Fachkräftemangel. Die Zahl der Ausbildungsbetriebe geht kontinuierlich zurück. Inzwischen bildet weniger als ein Viertel aller Unternehmen aus! In der Folge sind etliche Jugendliche im so genannten „Übergangssystem“ gelandet. Die dort angebotenen Maßnahmen entpuppen sich aber allzu oft als unnütze und teure

Warteschleifen. So kommt niemand auf dem Weg zum Berufsabschluss voran.



MdB, Brigitte Pothmer

Schwarz-Gelb ignoriert das Problem

Der Dschungel des Übergangssystems muss gelichtet und eine dritte Säule im Ausbildungssystem eingezogen werden. Damit gibt man denen eine Chance, die keinen betrieblichen Ausbildungsplatz finden.

Aber CDU/CSU und FDP setzen weiterhin allein auf den Ausbildungspakt und verbauen damit Perspektiven. Wenn die Bundesagentur für Arbeit jetzt ein Programm auflegt, um 100.000 Menschen ohne

Berufsausbildung eine zweite Chance zu geben, dann ist das zwar löblich, aber bestenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein.

Neue Perspektiven für Junge Menschen

Wir wollen zukünftig allen Schulabsolventen eine Berufsausbildung ermöglichen. Dort, wo der Übergang in eine betriebliche Ausbildung nicht gelingt, brauchen wir öffentlich geförderte überbetriebliche Ausbildungsplätze, die zu einem Berufsabschluss führen. Erfolgreiche Programme dafür gibt es in Hamburg sowie in NRW und demnächst hoffentlich auch im rot-grünen Niedersachsen. Damit diese Angebote kein Flickenteppich bleiben, sondern Jugendlichen in ganz Deutschland offen stehen, brauchen wir den Regierungswechsel im Bund.

BRIGITTE POTHMER
Bundestagsabgeordnete
brigitte.pothmer@
bundestag.de



Aktiv werden für starken Datenschutz

Es betrifft uns alle!



MdEP, Jan Philipp Albrecht

Fotos: © Fritz Schuhmann

Fast ein Jahr bin ich nun bereits der Verhandlungsführer des Europäischen Parlaments zur EU-Datenschutzgrundverordnung, dem einheitlichen Datenschutzrecht für Europa. Doch erst nachdem ich im Januar meinen Entwurf für eine Parlamentsposition zum Vorschlag der EU-Kommission vorgelegt habe, ist das Thema wirklich in der Öffentlichkeit angekommen. Noch immer ist es schwierig, allen Beteiligten das komplexe Gesetzgebungsverfahren der EU zu erklären.

LobbyistInnen mischen mit

Einige Unternehmen leisten sich gleich eine ganze Reihe von LobbyistInnen, um in jeder Phase des

Gesetzgebungsverfahrens live dabei sein zu können. Das zeigt, wie viel diesen Unternehmen unsere personenbezogenen Daten wert sind. Leider führt diese einseitige Einflussnahme dazu, dass die Interessen von VerbraucherInnen und die Bürgerrechte darunter leiden. So haben bereits drei beratende Ausschüsse ihre Positionen zur EU-Datenschutzverordnung festgelegt und dabei zahlreiche Wünsche der Wirtschaft auf einen niedrigeren Datenschutz übernommen. Statt dem Grundrecht auf Datenschutz dadurch gerecht zu werden, dass wir vor einer Datenweitergabe gefragt werden müssen, wollen sie mit Verweis auf ihre wirtschaftlichen Interessen ohne unsere Einwilligung Daten verarbeiten. Grundsätzlich wollen sie mehr Flexibilität und weniger konkrete Verpflichtungen. Sie meinen: Am besten lasst ihr uns bei der Datenverarbeitung freie Hand und haut uns auch nicht auf die Finger, wenn es schief läuft.

Mitmachen bei der grünen Kampagne für einen starken Datenschutz!

Damit sich der Standpunkt der Wirtschaft nicht im Europäischen Parlament durchsetzt, braucht es

jetzt eine Bürgerbewegung für einen starken EU-Datenschutz. Als Grüne Europafraktion wollen wir hierzu in den kommenden Wochen die Möglichkeit bieten. Mit Erklärvideos im Internet, Informationsmaterial und Kampagnentools soll die Auseinandersetzung um die richtigen Regeln beim Datenschutz in alle Wohnzimmer, auf die Straßen und zurück in die Parlamente getragen werden. Denn es geht um viel: Die Datenschutzverordnung der EU wird die bestehenden Regeln, wie etwa die Datenschutzgesetze von Bund und Ländern, ersetzen. Ob unsere Daten ungefragt an Werbefirmen weiterverkauft werden können, ob unser Surf- und Kaufverhalten individuell überwacht werden darf und ob Unternehmen wie Facebook, Google und Amazon sich weiterhin ungestraft den Regeln in Europa entziehen dürfen. All diese Fragen entscheiden sich in den kommenden Monaten. Deshalb brauchen wir Eure Mithilfe, durch Aktionen, Informationsmails und Einflussnahme auf die Abgeordneten.

JAN PHILIPP ALBRECHT

Europaabgeordneter

jan.albrecht@

europarl.europa.eu



Hannover

BERICHT AUS DEM RATHAUS

Haushalt 2013

Der Rat hat den Haushalt 2013 samt rot-grüner Änderungsanträge am 21. Februar 2013 mehrheitlich beschlossen.

Wichtige rot-grüne Schwerpunkte im Ergebnishaushalt sind etwa die Förderung des Sozialen Wohnungsbaus, die energetische Quartiersentwicklung, der Klimaschutz, die Kinderbetreuung, das Mittagessen an Ganztagschulen und die Weiterentwicklung des HannoverAktivPasses. Hieraus resultieren Mehrausgaben für den Ergebnishaushalt gegenüber dem Verwaltungsentwurf in Höhe von 5 Millionen Euro. Zur Gegenfinanzierung wird die Steuer für Spielautomaten von 12 auf 18 Prozent erhöht (Mehreinnahme drei Millionen Euro) und der Aufwand für Zinsen angesichts des weiterhin niedri-

gen Zinsniveaus (um zwei Millionen Euro) reduziert. Dadurch bleibt der Ergebnishaushalt ausgeglichen.

Im Finanzhaushalt werden wichtige Investitionsschwerpunkte für die nächsten Jahre bis 2016 gesetzt. Dazu gehören insbesondere der beschleunigte Ausbau der Ganztagsgrundschulen mit zusätzlich 20 Millionen Euro bis 2016, die Förderung des sozialen Wohnungsbaus durch Baukostenzuschüsse von insgesamt 6 Millionen Euro bis 2016 sowie die Schwimmbädersanierung mit 4,8 Millionen Euro bis 2016. Diese Schwerpunkte prägen auch die künftigen Investitionshaushalte. Rot-Grüne Mehrausgaben im Finanzhaushalt für 2013 in einer Höhe von ca. 2,2 Millionen Euro werden durch zusätzliche Einnahmen aus Grundstücksverkäufen gegenfinanziert, so dass auch der Finanzhaushalt ausgeglichen bleibt.

Die Zuwendungsempfänger sind ein unverzichtbarer Bestandteil der Stadtgesellschaft. Für die vielen sozialen und kulturellen Einrichtungen oder Sportvereine erhöhen wir die Zuwendungen pauschal um 3 Prozent als Ausgleich für erhöhte Sach- und Personalkosten. Eine Erhöhung war auf unsere Initiative hin nach der letzten Kommunalwahl in den rot-grünen Koalitionsvertrag aufgenommen worden. Es gibt Ausnahmen von dieser Regelung, z. B. bei Verträgen mit Tarifierungen.

Liked uns auf facebook

Seit November 2012 ist die Ratsfraktion auf Facebook: <http://gruenlink.de/eag>

Schaut doch mal rein.

EURE RATSFRAKTION



BERICHT AUS DER REGION

Ausschuss gegen Jugendarbeitslosigkeit

Um die Informationen und Beschlüsse zum Thema Jugendarbeitslosigkeit zu bündeln, richtet die Region Hannover einen neuen Ausschuss ein. Noch im vergangenen Jahr durchliefen die Beschlüsse zu diesem Thema gleich vier verschiedene Ausschüsse, die unabhängig voneinander diskutierten. Mit der neuen Lösung wird das Thema in Zukunft ausschussübergreifend behandelt, um so eine schnellere Umsetzung der Ideen und Projekte zu ermöglichen. Die notwendige Änderung der Geschäftsordnung wird am 5. März in der Regionsversammlung beschlossen. Hintergrund dieser Neuordnung ist das Programm gegen Jugendarbeitslosigkeit, das Rot-Grün im vergangenen Jahr gemeinsam vereinbart und in der Re-

gionsversammlung beschlossen hat. Das Programm hat einen Finanzumfang von 10 Millionen Euro, die bis zum Ende der Wahlperiode im Jahr 2016 investiert werden. Für diesen Ausschuss suchen wir interessierte und kompetente BürgerInnenvertreter, die uns bei der Arbeit unterstützen. Wir werden hierzu noch ein Bewerbungsverfahren ausschreiben und freuen uns über einen interessanten Rücklauf.

Regionale Plattform: Abfallgebühren

Derzeit gibt es kaum ein anderes Thema, das die Gemüter so erregt wie die neue Abfallgebührensatzung. Um die Entscheidungsprozesse in der Region für unsere grünen Ortsverbände transparent zu machen, hatten wir am 21. Februar zu einer „Regionalen Plattform“ einge-

laden und über die grünen Kernforderungen einer neuen Gebührensatzung diskutiert. Ob Sack oder Tonne ist für uns nicht entscheidend. Vielmehr geht es darum, dass die neue Gebührensatzung sowohl sozialverträglich und familienfreundlich gestaltet wird, als auch die Aspekte von Gebührengerechtigkeit und den Anreiz zur Müllvermeidung berücksichtigt. Ein Informationsschreiben der Regionsfraktion zu der neuen Gebührensatzung ist an die Ortsverbände verschickt worden.

Die D-Linie. Eine emotionale Diskussion.

Die wichtigsten grünen Argumente findet ihr unter:

<http://www.gruene-hannover.de/regionsfraktion/meldungen/info-brief-linie-10.html>

EURE REGIONSFRAKTION



BERICHT AUS DEM LANDTAG

Kommunale Stichwahl

Bei Direktwahlen von LandrätInnen und OberbürgermeisterInnen soll es künftig wieder eine Stichwahl geben, wenn im ersten Wahlgang keine absolute Mehrheit zu Stande kommt. Ein Gesetzentwurf ist bereits eingebracht. Für die Oberbürgermeisterwahl in Hannover bedeutet das eine Stärkung der demokratischen Legitimation.

Flüchtlingspolitik

Rot-Grün hat einen wichtigen Schritt zur Abschaffung der diskriminierenden und teuren Wertgutschein-Praxis gemacht. Mit Erlass des Innenministeriums gibt es für AsylbewerberInnen und Geduldete künftig wieder Barleistungen statt Gutscheinen, die Betroffene stigmatisieren.

Initiative für gesetzlichen Mindestlohn

Ein rot-grüner Entschließungsantrag unterstützt die Landesregierung bei ihrer Mindestlohninitiative im Bund. Nach dem aktuellen Bericht des Instituts für Arbeit und Qualifikation der Uni Duisburg-Essen arbeiteten im Jahr 2010 23,1 Prozent der Beschäftigten für einen Lohn von unter 9,15 Euro pro Stunde, also unter der Niedriglohnschwelle. Betroffen sind besonders Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund. Der Mindestlohn wird nicht nur die Einkommenssituation von über 5 Millionen Menschen in Deutschland verbessern, sondern auch den Staat durch den Wegfall von Aufstockungsleistungen entlasten. Auf Landesebene soll bei Landesausschreibungen der Lohnrahmen künftig oberhalb der Niedriglohnschwelle liegen.

CDU und FDP nach der Wahl

Während die CDU sich damit begnügt, auf dem rot-grünen Kompromiss in der Verkehrspolitik herum zu reiten, will die FDP offensichtlich ihr Primat zum vermeintlichen Sparen aufgeben. Sie fordert nicht nur, durch absinkende SchülerInnenzahlen freiwerdende Mittel auf den Kita- und Schulbereich festzuschreiben, sondern auch die finanzielle Unterstützung von ungewollt kinderlosen Paaren auf homosexuelle Paare auszuweiten – warum eigentlich nicht? Aber an erster Stelle sollte die Gleichberechtigung aller Familien, unter anderem bei der Adoption stehen – einen entsprechenden Antrag haben wir eingebracht.

**EURE LANDTAGSABGEORDNETEN
MAARET WESTPHELY, BELIT ONAY,
THOMAS SCHREMMER**



BERICHT AUS DEM BUNDESTAG

In den letzten Monaten hat mich – neben dem niedersächsischen Landtagswahlkampf und den Koalitionsverhandlungen – vor allem ein Thema stark beschäftigt:

Die Finanzierung der Energiewende.

Es wird immer offensichtlicher: Schwarz-Gelb kann es nicht nur nicht, sie wollen es nicht. Deswegen fährt die Bundesregierung die Energiewende bewusst gegen die Wand und betreibt munter Klientelpolitik für die großen Energieversorger. Der neueste Trick von Peter Altmaier: Die Strompreisbremse. Klingt zwar gut im Wahlkampf, läuft aber im Kern darauf hinaus, dass die Förderung für erneuerbare Energien gekürzt und gedeckelt wird – und das sogar rückwirkend. Eine gezielte Attacke auf das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG), den Motor der Ener-

giebewende. Die grünen Vorschläge für eine Entlastung der Stromkunden liegen schon lange auf dem Tisch, unter anderem wollen wir vier Milliarden Euro an ungerechtfertigten schwarz-gelben Industriesubventionen abbauen. Was auch klar ist: Erneuerbare Energien und Energieeffizienz sind mittelfristig die wahren Kostenbremsen angesichts von steigenden Rohstoffkosten und Kosten für Klimaschäden.

Auswirkungen für die Region Hannover

Auch die Region Hannover leidet unter dem schwarz-gelben Angriff auf die Energiewende. Aus dem Schattenhaushalt „Energie- und Klimafonds“ (EKF), werden auch die Schaufensterprojekte zur Elektromobilität, von denen eines bei uns in der Region liegt, finanziert. Oder

eben nicht. Denn die Programme im EKF stehen alle unter Einnahmeverbehalt und sind direkt abhängig von den Einnahmen aus dem CO₂-Emissionszertifikatehandel. Die Bundesregierung hat dabei mit durchschnittlich 10 Euro pro Zertifikat für 2013 gerechnet. Aktuell befindet sich der Preis allerdings nur zwischen 4 und 5 Euro. Anstatt ökologisch schädliche Subventionen abzubauen und die Finanzierung auf eine solide Basis im ordentlichen Bundeshaushalt zu stellen, steckt die Bundesregierung den Kopf in den Sand und wird bald mehrere Energie- und Klimaschutzprogramme im EKF drastisch kürzen müssen. Ein Trauerspiel. Höchste Zeit, das im September zu beenden.

**EUER BUNDESTAGSABGEORDNETER
SVEN CHRISTIAN KINDLER**

Die Niedersachsenwahl ist Vorbild

Drei zentrale Erkenntnisse für den Bundestags-Wahlkampf



So lautet der Slogan des Rot-Grünen Koalitionsvertrags in Niedersachsen

Am 20. Januar haben wir mit 13,7 Prozent das beste grüne Ergebnis bei niedersächsischen Landtagswahlen erzielt. Damit haben wir einen rot-grünen Politik- und Regierungswechsel möglich gemacht. Jetzt heißt es: Aus Niedersachsen für die Bundestagswahl lernen!

Die Wahl in Niedersachsen zeigt drei Punkte klar auf:

1. Wir haben einen starken Themenwahlkampf geführt: Für eine konsequente Energiewende, bäuerliche Landwirtschaft statt Agrarfabriken, eine neue gemeinsame Bildungspolitik, gegen Studiengebühren, für eine Verkehrswende, eine humane Flüchtlingspolitik, ein Mindestlohngesetz oder den schnellen KiTa-Ausbau. Das war ein inhaltlich eigenständiger Wahlkampf mit eindeutigen und zugespitzten Positionen. Die WählerInnen danken uns das und bescheinigen uns in Niedersachsen die höchste Kompetenz in den Bereichen Energie, Umwelt, Landwirtschaft sowie bei der Glaubwürdigkeit.

2. Wir haben vor allem genau mit den Positionen gepunktet, die das Gegenteil zur CDU-Politik sind: Ganz besonders deutlich wurden diese Differenzen in der Agrarpolitik, der Bildungspolitik, der Verkehrspolitik, beim Thema Mindestlohn, Atommüll und in der Flüchtlingspolitik. Die CDU hat diesen wachsenden Zuspruch für grüne Inhalte genau registriert und dem eine Schmutzkampagne mit Falschbehauptungen entgegengesetzt. Mit dieser inhaltlichen Polarisierung „Grün oder Schwarz“ haben wir den Wählerinnen und Wählern deutlich gemacht, dass wir die Alternative zur CDU-geführten Landesregierung sind.

3. Wir haben in Niedersachsen einen klaren rot-grünen Wechselwahlkampf geführt. Unsere Differenzen mit der SPD, etwa in der Verkehrspolitik, haben wir dabei aber nicht verschwiegen. Wir haben frühzeitig im Herbst 2012 Schwarz-Grün aus inhaltlichen Gründen im Wahlprogramm und in den Medien ausgeschlossen. Das Wahlergebnis hat gezeigt, dass unser klares Auf-

treten für Rot-Grün viele WählerInnen überzeugt hat.

Wechsel zu Grün in Niedersachsen

von der SPD	50.000
von Nichtwähler/innen	60.000
von der CDU	20.000
von den Linken	17.000

Besonders erfreulich ist die Mobilisierung von Nichtwählerinnen und Nichtwählern.

Diese drei zentralen Erkenntnisse sollten wir bei der Bundestagswahlkampagne berücksichtigen, um auch im September ein grünes Rekordergebnis zu erzielen.

SVEN CHRISTIAN KINDLER
Bundestagsabgeordneter
sven-christian.kindler
@bundestag.de



Neuer Geschäftsführer

Christian Gailus vom Regionsverband stellt sich vor



Christian Gailus, Geschäftsführer Regionsverband Hannover

Liebe Grüne, seit dem 1. März 2013 bin ich der neue Geschäftsführer des Regionsverbands. Ich übernehme die Aufgaben von Ronald Schütz, also die Finanzen, Mitgliederverwaltung, Organisation und Gremienbetreuung. Bei uns Grünen bin ich schon etwas länger aktiv. In der Grünen Jugend bin ich gerade in meinem elften und letzten Jahr. In Lehrte sitze ich seit 2011 für die Grünen im Stadtrat. Auch habe ich schon an der ein oder anderen Stelle gewirkt, als Ortsverbandssprecher oder zuletzt als Landesgeschäftsführer der Grünen Jugend Niedersachsen.

Wenn ich nicht gerade grün unterwegs bin oder studiere (Geschichte und Politikwissenschaften), verbringe ich meine freie Zeit mit Lesen, Wandern oder beim SV Arminia

Hannover, der besseren Mannschaft aus Hannover.

Zwar sind in den letzten elf Jahren die ehemaligen Kreisverbände Stadt und Landkreis schon gut zusammen gewachsen, aber ich finde, dass das noch besser werden kann, schließlich sind wir eine Region. So werde ich euch gerne bei Fragen oder Problemen jederzeit behilflich sein. Nun freue ich mich auf die Arbeit im Regionsverband, auf die Zusammenarbeit mit euch allen, damit wir in den nächsten Jahren noch besser inhaltlich und organisatorisch aufgestellt sind.

CHRISTIAN GAILUS

Geschäftsführer RV

gailus@gruene-hannover.de



IMPRESSUM

Grüne Seiten sind das Mitteilungsblatt des Regionsverbands Hannover von Bündnis 90/Die Grünen, Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Carolin Jaekel, Sven-Christian Kindler, Brigitte Pothmer, Astrid Barescheer-Heisecke, Norman Seibert, Michéle Eichhorn, Elke Thielmann-Dittert, Jan Philipp Albrecht, Pia Kohorst, Jan Haude, Christiane Hussels, Maaret Westphely, Belit Onay, Thomas Schremmer, Günther Wulfert, Eva Vojinovic, Sabine Nolte-Vogt, Rahel Missal, Tobias Leverenz, Friederike Kämpfe, Christian Gailus., Urs Mansmann.

Redaktionsteam: Julian Bühler, Janine Drolinvaux, Urs Mansmann, Norman Seibert, Elke Wohlfarth (V.i.S.d.P.).

Druck: Ips Digital Druck GmbH, Sandstr. 12, 30167 Hannover

Gedruckt auf 100 Prozent Recycling-Papier. **Grüne Seiten** werden kostenlos an alle Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen Regionsverband Hannover verschickt. Ausgabe 02/13 erscheint voraussichtlich im Juli 2013.



**Bündnis 90/Die Grünen
Senior-Blumenberg-Gang 1
30159 Hannover
Tel. 0511/300 88 66,
Fax 0511/300 89 66**

**region@gruene-hannover.de
www.gruene-hannover.de**

**Bankverbindung:
Kontonr.: 8418700
Bank für Sozialwirtschaft
Bankleitzahl: 251 205 10**



**DIE GRÜNE JUGEND TRIFFT SICH
JEDEN MITTWOCH UM 18.00 UHR
IM GRÜNEN ZENTRUM.**

**INTERESSENTINNEN SIND
HERZLICH WILLKOMMEN!**

MITGLIEDSBEITRÄGE UND SPENDEN

Wir freuen uns über jede Spende und sind von der regelmäßigen Zahlung der Mitgliedsbeiträge abhängig. Der Mitgliedsbeitrag beträgt ein Prozent des Nettoeinkommens. Beitragsanpassung dringend erwünscht! Hierzu reicht ein Anruf oder eine Mail. Auch Einzugsermächtigungen könnt ihr uns ganz einfach telefonisch oder per Mail (region@gruene-hannover.de) erteilen!

Bei Fragen meldet euch in der Geschäftsstelle.

Nur die Harten

Fahrradfahren macht Spaß. Jedenfalls im Sommer. Im Winter bin ich einfach aus Gewohnheit bei dieser Meinung geblieben. Ich bin nun ein Allwetterfahrer, wie ein autofahrender Kollege neulich mit sichtbarem Respekt anmerkte, als ich mein Fahrrad am Arbeitsplatz abschloss.

Das morgendliche Training gibt Kraft für den Tag. Fußgänger mit der Klingel vom Radweg scheuchen, sich öffnen den Autotüren ausweichen und auf dem Radweg wartende Kraftfahrzeuge zu umkurven macht wach. Hier und da werde ich noch einen freundlichen Gruß in Form eines Parke-nicht-auf-unseren-Wegen-Aufklebers los, die ich stets in der Tasche habe.

Radwege erfüllen viele Zwecke: Sie sind Kurzparkstreifen für BrötchenholerInnen oder Gehwegweiterung für FußgängerInnen. Wenn der Müll geholt wird, stehen die Tonnen auf dem Radweg stets optimal und wenn Schnee fällt, kann man den ruhig auch dorthin schippen, denn außer mir fährt ja im Winter offensichtlich niemand Rad.

Ich weiche dann notgedrungen auf die Straße aus. Natürlich mutiere ich dadurch in den Augen der AutofahrerInnen umgehend zum bösen Kampfradler und werde angehupt. Aber dann stelle ich im Dahingleiten immer wieder erstaunt fest, wie breit, eben, sauber geräumt, liebevoll gestreut und sorgfältig von Hindernissen befreit die Fahrbahn für Autos im Vergleich zum Radweg doch ist.

Ist man auf dem Radweg unterwegs, ist man für viele AutofahrerInnen Luft. Fährt man auf der Straße, ist man AutofahrerInnen im Weg und damit lästig. Aber wer lästig ist, wird gesehen und wer ge-



Bei RadfahrerInnen besonders unbeliebt sind RadwegparkerInnen

Foto: © Traveller_40 / Foter.com / CC BY-NC-ND

sehen wird, lebt länger. Deswegen fahre ich inzwischen lieber auf der Fahrbahn, wo ich das darf und wo ich das für sicherer halte. Und das darf man an vielen Stellen, weil die Radwege in Hannover vielerorts so schlecht sind, dass selbst die größten Autofreunde in der Verwaltung nicht mehr wagen, das schmale Kraterfeld am Straßenrand, das gerne auch mal wilde Zickzackkurven um Parkplätze, Straßenbäume und Laternen schlägt, als benutzungspflichtigen Radweg auszuweisen.

Nur eins nervt mich jeden Tag: "Bettelampeln" sagen wir undankbaren KampfradlerInnen, wenn man von uns verlangt, ein Knöpfchen zu drücken und auf grün zu warten. Ich stelle mir dann vor, VerkehrsplanerInnen würden sich von Parkhausausfahrten inspirieren lassen und die AutofahrerInnen zwingen, anzuhalten und einen Knopf zu drücken, damit sie grün bekommen. Jedes Mal. Und beim Linksabbiegen zweimal. KraftfahrerInnen würden solche Möchtegern-ExpertInnen vom Hof jagen. Aber wir RadfahrerInnen können das ja ab.

URS MANSMANN
 Bezirksrat Misburg-Anderten
urs.mansmann@gruene-hannover.de



TERMINE

- Di, 26.03. 18:30-20:30**
 AG Land & Tier, Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover, UG
- Di, 02.04. 17:30-19:30**
 Verkehrs-AG, Haus der Region, Raum 62
- Do, 04.04. 18:00-20:00**
 AG Umwelt & Energie, Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover, EG
- Do, 04.04. 18:00-22:00**
 Mitgliederversammlung Regionsverband, Forum Albert Einstein Schule, Laatzen
- Mo, 08.04. 18:00-20:00**
 Sozial-AG bei der DROBS, Thema: Drogenpolitik
- Di, 09.04. 18:15-20:15**
 AG Sport, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG
- Do, 11.04. 18:00-20:00**
 AG Migration, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG
- Mo, 15.04. 17:30-19:30**
 Verkehrs-AG, Haus der Region, Raum 62
- Mo, 15.04. 18:00-20:00**
 AG Kultur, Senior-Blumenberg-Gang 1, 1.OG
- Mo, 15.04. - So, 21.04.**
 Regionsweite grüne Aktionswoche unter dem Motto „Hier bist Du entscheidend“.
- Di, 16.04. 18:15-20:15**
 AG Bauen, Wohnen & Verkehr, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG
- Mi, 17.04. 18:00-20:00**
 AG Schule, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG
- Fr, 19.04. 16:30-18:30**
 Führung über die Alte Bult und durch die südliche Eilenriede, Treffpunkt 16:30 Uhr am Bismarckbahnhof
- Mo, 22.04. 17:30-19:30**
 Umwelt-AG, Haus der Region, Raum 62
- Di, 23.04. 18:30-20:30**
 AG Land & Tier, Vortrag von Claudia Preuß-Überschär zum Thema Antibiotika in der Tierhaltung - Gefahren durch Resistenzbildung Senior-Blumenberg-Gang 1, UG
- Mo, 29.04. 17:00-19:00**
 Müll-AG, Haus der Region, Raum 63
- Di, 30.04. 18:00-20:00**
 AG Frauen, Senior-Blumenberg-Gang 1, 1.OG
- Do, 02.05. 18:00-20:00**
 AG Migration, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG
- Mo, 06.05. 18:00-20:00**
 Sozial-AG, bei mittendrin e.V., Thema: Inklusion
- Di, 07.05. 18:15-20:00**
 AG Sport, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG
- Mo, 13.05. 17:30-19:30**
 Verkehrs-AG, Haus der Region, Raum 62
- Mo, 13.05. 18:00-20:00**
 AG Kultur, Senior-Blumenberg-Gang 1, 1.OG